
12712/AB XXIV. GP

Eingelangt am 04.01.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wirtschaft, Familie und Jugend

Anfragebeantwortung

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

Wien, am 3. Jänner 2013

Geschäftszahl:
BMWFI-10.101/0340-IM/a/2012

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 12976/J betreffend "Beschäftigung von Leasingarbeitern im Ressort und in nachgeordneten Dienststellen", welche die Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen am 7. November 2012 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 7 der Anfrage:

Bezüglich des Zeitraums von 1. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2011 ist für mein Ressort auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10544/J zu verweisen. Im Zeitraum 1. Jänner 2012 bis 30. September 2012 wurden drei Leiharbeitsverträge neu abgeschlossen, einer wurde beendet. Für den genannten Personenkreis wurden im Jahr 2012 bislang € 663.056,90 aufgewendet. In nachgeordneten Dienststellen gab es keine Leiharbeitsverhältnisse.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Entsprechend der individuell erstellten Anforderungsprofile wurden bzw. werden Leiharbeitskräfte aufgrund ihres Fachwissens und der spezifischen Fachkenntnisse in Anspruch genommen. Allfällige Einschulungen und Ausbildungen der Betroffenen sind daher lediglich im geringen Maße notwendig.

Antwort zu den Punkten 3 bis 6 der Anfrage:

Alle Arbeitsleihen wurden jeweils einvernehmlich oder durch Fristablauf, nie jedoch vorzeitig, gelöst.

Antwort zu den Punkten 8 und 9 der Anfrage:

Kostenersparnisse können nicht beziffert werden.